

A-2

| | | | |
|-------------------------------------|---|------------------------------------|--|
| Titel | Wir wollen mehr! Unsere Forderungen an die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes | | |
| Antragsteller*innen | Jusos Oberbayern | | |
| Adressat*innen | Juso-Bundeskongress, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bundesparteitag, BayernSPD-Landesparteitag | | |
| <input type="checkbox"/> angenommen | <input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen | <input type="checkbox"/> abgelehnt | |

Wir wollen mehr! Unsere Forderungen an die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes

- 1 Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Wir Jusos wollen die weitreichenden Veränderungen nicht denen
2 überlassen, deren Hauptinteresse die Vermehrung von Kapital ist.
- 3 ***Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun.***
- 4 Die Demokratisierung aller Lebensbereiche ist eine Kernüberzeugung der Sozialdemokratie. Diese wollen wir
5 voranbringen. Die betriebliche Mitbestimmung muss endlich ausgeweitet werden auf unternehmerische Fra-
6 gen, die entscheidend sind für die Fortentwicklung der Arbeitswelt. Denn wer hat größeres Interesse an einer
7 nachhaltigen, innovativen und zukunftsfähigen Industrie als die Arbeitenden selbst?
- 8 **Mehr Mitbestimmung**
- 9 Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Der digitale Wandel ist in vollem Gange und auch die Arbeitsfel-
10 der verändern sich. Die Wirtschaft befindet sich in einem Transformationsprozess, in dem die Bedeutung des
11 Dienstleistungssektors beständig wächst und der Anteil des produzierenden Gewerbes schrumpft. Mit Blick
12 auf die globale Herausforderung des Klimawandels müssen wir uns gleichzeitig die Frage stellen, unter wel-
13 chen Bedingungen wir arbeiten und wie wir produzieren wollen. Angesichts dieser Herausforderungen stellen
14 wir fest, dass eine Wirtschaftsweise, in der Entscheidungen in Unternehmen zuerst unter dem Kriterium (kurz-
15 fristigen) Profits getroffen werden, diese Fragen nicht wird beantworten können und teilweise sogar im Wider-
16 spruch steht. Die Lösung dieser Probleme ist nur bedingt in staatlichen Vorgaben und Eingriffen zu suchen.
17 Damit die sozial- ökologische Transformation, gute Arbeitsbedingungen und Innovationen möglich sind, sind
18 die Arbeitenden selbst gefragt. Es ist an der Zeit, die betriebliche Mitbestimmung weiterzuentwickeln. Die Ar-
19 beitenden sind dazu in der Lage, sich an der unternehmerischen Verantwortung zu beteiligen und auch über
20 Maßnahmen der Berufsbildung mitzubestimmen.
- 21 Zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts war völlig klar, dass Kapitalist*innen nicht nur die
22 Produktionsmittel stellten und Arbeitskraft einkauften, sondern auch die Verantwortung trugen, Sparsamkeit,
23 Effizienz und Marktorientierung auszubalancieren. Die Produktivkraft hat sich jedoch in den vergangenen Jahren
24 in hohem Maße entwickelt. In vielen Arbeitsfeldern ist es heute selbstverständlich, dass Arbeiten nicht nur
25 auf Anweisung ganz nach dem Top- Down-Prinzip verrichtet werden, sondern die Arbeitenden selbst nicht
26 nur ihre Arbeit verrichten, sondern auch ihre eigene Arbeit „bearbeiten“, sie setzten sich also mit ihrer eige-
27 nen Arbeitstätigkeit auseinander. Menschen sind dazu in der Lage, ihre eigene Arbeit und Zusammenarbeit
28 zu verbessern. Prozesse zu optimieren, im Team Lösungen und Innovationen zu entwickeln – die Unterneh-
29 menskultur hat sich verändert und die Arbeitenden selbst haben daran großen Anteil. **Deshalb fordern wir,**
30 **die Mitbestimmung und Mitwirkung der Arbeitnehmer*innen auszuweiten:**
- 31 Arbeitgeber*innen und Betriebsrat legen gemeinsam Unternehmensziele fest

32 Ein Wirtschaftsausschuss ist in Unternehmen mit mindestens 10 ständig beschäftigten Arbeitnehmer*innen zu
33 bilden

34 Der Wirtschaftsausschuss wird in alle unternehmerischen Entscheidungen einbezogen und erhält ein echtes
35 Mitbestimmungsrecht

36 Betriebs- und Teilbetriebsänderungen müssen im Einvernehmen mit dem Betriebsrat beschlossen wer-
37 den

38 Wann immer ein Aufsichtsrat vorhanden ist, muss dieser paritätisch mit Vertreter*innen von Arbeitnehmer*in-
39 nen- und Arbeitgeber*innenseite besetzt sein, das doppelte Stimmrecht des*der Aufsichtsratsvorsitzenden
40 wird abgeschafft, in Pattsituationen wird eine Betriebsabstimmung durchgeführt oder eine Vermittlungstelle
41 angerufen

42 Betriebsrat und Arbeitgeber einigen sich gemeinsam auf Maßnahmen der Berufsbildung

43 **Mehr Vielfalt**

44 Viel zu oft werden auch Betriebsräte von denjenigen Gruppen dominiert, die in unserer Gesellschaft dominie-
45 ren. Auch beim Empowerment neuer Betriebsrät*innen werden – wenn auch häufig unterbewusst – diejenigen
46 gefördert, die den amtierenden Räten ähnlich sind. Dies erschwert es Minderheiten im Betrieb, eine Stimme
47 zu erlangen. Wir sehen es als Aufgabe des Betriebsrates, dass er die Arbeitenden nicht nur vertritt, sondern
48 sie auch in ihrer Vielfalt repräsentiert. Es ist längst bewiesen, dass Diversität erfolgreiche Zusammenarbeit
49 wahrscheinlicher macht.

50 **Deshalb fordern wir:**

51 Nachbesserung bei der Quotenregelung von Frauen: In jedem Betriebsrat sollen prozentual mindestens so
52 viele Frauen vertreten sein, wie dies unter den Arbeitenden der Fall ist. Das bedeutet, dass die Anzahl der
53 Frauen, die zu vertreten sind, immer auf die nächsthöhere ganze Zahl aufgerundet werden müssen

54 Der Betriebsrat soll divers sein – das heißt auch, dass Personen aus unterrepräsentierten Gruppen, zum Bei-
55 spiel Migrant*innen und BPoC, besonders zur Mitarbeit im Betriebsrat ermutigt werden sollen.

56 **Mehr Rechtssicherheit**

57 Allzu oft wird die Gründung von Betriebsräten von den Arbeitgeber*innen sabotiert, genauso wie Betriebs-
58 ratswahlen oder auch die tägliche Arbeit der Betriebsräte. Dies ist zu Recht strafbar.

59 Dennoch werden Arbeitgeber*innen deswegen selten verurteilt. Der Grund: Die Straftat muss nach § 119 Abs.2
60 BetrVG erst angezeigt werden und das darf auch nicht jede*r. Es besteht also eine gesetzliche Hemmschwel-
61 le, die aufgrund von Einschüchterungen oder der mangelnden Verbindung zu einer Gewerkschaft schwer zu
62 überschreiten ist.

63 **Daher fordern wir:**

64 die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zu Arbeits- und Betriebsratsrecht

65 Die Streichung von § 119 Abs.2 BetrVG, damit die Staatsanwaltschaft bereits bei eigenständiger Kenntnis Er-
66 mittlungen einleiten muss.

67 **Gründung vereinfachen und mehr Empowerment und Werbung**

68 Das Betriebsverfassungsgesetz gibt vor, dass in Betrieben mit mindestens fünf wahlberechtigten

69 Arbeitnehmer*innen, von denen mindestens drei wählbar sind, ein Betriebsrat gewählt wird (BetrVG §1). Es
70 handelt sich hierbei somit um keine Kann- oder Soll- Bestimmung. Deshalb muss hier mehr darauf geachtet
71 werden, dass in diesen Betrieben Betriebsräte gegründet werden. Wir als Jusos kämpfen für eine Demokrati-
72 sierung aller Lebensbereiche. Da die Arbeit einen wesentlichen Teil der Lebenszeit der Menschen einnimmt,
73 ist für uns klar, dass gerade hier mehr getan werden muss. Eine demokratische Gesellschaft, in der einer der
74 größten Bereiche des Lebens nicht demokratisch organisiert ist, scheitert an ihren eigenen Ansprüchen. Des-
75 halb ist für uns klar, dass die Mitbestimmung in den Betrieben ein wesentliches Element hin zu einer besseren,
76 weil demokratischeren Gesellschaft ist. Die Betriebe tragen eine Verantwortung für die ökologische und soziale
77 Zukunft. Ein Denken, in dem lediglich die Profitmaximierung an erster Stelle steht, und alles andere nachrangig

78 behandelt wird, ist angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche und der Bedrohung durch den Klimawandel
79 nicht tragbar. Die gesamte Gesellschaft ist hierbei gefragt, diese Probleme zu lösen und wir sind überzeugt
80 davon, dass mehr Mitbestimmung

81 in den Betrieben hierfür notwendig ist. Im aktuellen Referent*innenentwurf des Bundesarbeitsministeriums
82 ist bereits vorgesehen, dass das vereinfachte Wahlverfahren ausgeweitet werden soll. Das ist gut, jedoch nicht
83 annähernd ausreichend, um das Ziel der weiteren Verbreitung von Betriebsräten zu erreichen.

84 **Deshalb fordern wir:**

85 Wahlrecht für alle, unabhängig vom Alter (bislang nur Personen über 18 Jahre wahlberechtigt)

86 Verbandsklagerecht

87 Kündigungsschutz ausweiten: gilt auch schon vor Einsetzung eines Wahlvorstandes;

88 Arbeitsverhältnis gilt als bestehend und Zugang zum Betrieb bleibt bestehen bis Arbeitsgericht

89 Kündigung bestätigt

90 keine öffentliche Aufträge für Betriebe ohne Betriebsrat

91 Die geringe Verbreitung von Betriebsräten in den Unternehmen hängt aber nicht nur von der Verweigerung
92 der Unternehmen ab: Gerade in jungen Firmen und kleinen Betrieben und Start-Ups ist das Bewusstsein der
93 Notwendigkeit von Betriebsräten oft nicht vorhanden. Viele Beschäftigte sehen darin keine Vorteile für sich,
94 sondern schwerfällige, bürokratische Institutionen, die aus der Zeit gefallen sind (ein Image, an dem teilwei-
95 se auch die Außenwirkung mancher Betriebsräte schuld ist). Zugleich ist zu beobachten, dass Betriebsräte
96 in Ostdeutschland sogar noch weniger verankert sind. Dies liegt an dem völligen wirtschaftlichen Bruch und
97 der Deindustrialisierung, die mit der Wende und dem Wirken der Treuhand-Anstalt kamen. Während es in
98 den alten Bundesländern immer noch viele alteingesessene Großbetriebe gibt, deren Belegschaft stark ge-
99 werkschaftlich gebunden ist und die seit Jahrzehnten Betriebsräte fest verankert haben, gilt dies für die oft
100 jungen und kleinen Betriebe in Ostdeutschland nicht. Außerdem herrscht durch die Erfahrungen des tech-
101 nokratischen Realsozialismus der DDR in Ostdeutschland ein größeres Misstrauen gegen Organisationen, die
102 vorgeben, das Interesse der Arbeitenden zu vertreten und für sie zu sprechen.

103 **Daher fordern wir, dass:**

104 es eine Informations- und Werbekampagne gibt, um die Beschäftigten vom Nutzen von Betriebsräten zu über-
105 zeugen und deren Neugründung zu fördern; der Fokus der Kampagne soll auf kleinen Betrieben und Start-
106 Ups liegen; und besonders die Situation in den neuen Bundesländern in den Fokus nehmen.

Antragsteller*innen

Jusos Oberbayern

E-Mail: maximilian.janicher@spd.de

Telefon: